

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Tageblatt für Eibenstock, Carlsefeld, Hundshübel, Neuheide, Oberkühengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterkühengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 20 Pf. Im Restamt die Zeile 10 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 50 Pf. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für spätere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Abonnementpreis vierteljährlich Mk. 2.70 einschließlich des „Amts- und Anzeigebblattes“ in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostämtern. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Für alle 1000er: Anzahl — Preis über fertiger Legung der Abnehmer bei Bestellung der Zeitung, bei Vorbestellung über den Besteller. — Die bei Bestellung über den Besteller ist die Zahlung der Zeitung über auf den Zahlung des Bestellers.

Verl.-Abt.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebsh in Eibenstock.

66. Jahrgang.

Fernsprecher Nr. 110.

Nr. 14.

Sonnabend, den 18. Januar

1919.

Auf Blatt 312 des Handelsregisters für den Landbezirk ist heute die Firma **Franz Albin Klug** in Oberkühengrün und als deren Inhaber der Kaufmann **Franz Albin Klug** in Oberkühengrün eingetragen worden.

Angegebener Geschäftszweig: Herstellung und Vertrieb von Bleistiften. Eibenstock, den 15. Januar 1919.

Das Amtsgericht.

1. Gemeinde- und Privat-Beamtenschule zu Genet.

Städt. Fachschule, gegründet 1891, bereitet für die Gemeindebeamtenlaufbahn vor. Anmeldungen für Ostern 1919 bis Ende Januar erbeten. Stellennachweis der Abgangsschüler. Aufnahmebedingungen versendet kostenfrei die Schulleitung.

Öffentliche Handelslehrausstatt zu Planen.

Höhere Abteilung mit Berechtigung zur Erteilung des Zeugnisses zum einjährig-freiwilligen Militärdienst.

In Klasse IV (Vorklasse) werden Schüler nach erfolgreichem Besuche der V. Klasse einer höheren Schule oder nach 7-jährigen erfolgreichem Besuche einer Volksschule, in Klasse III nach erfolgreichem Besuche der IV. Klasse einer höheren Lehranstalt oder der I. Klasse einer höheren Bürgerschule aufgenommen.

Anmeldungen nimmt entgegen

Direktor Prof. Viehrig.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg †.

Berlin, 16. Januar. Die beiden Führer der Spartakusbewegung in Deutschland, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, haben heute Nacht ein furchtbares Ende gefunden. Liebknecht, der bei einem Verwandten in der Mannheimer Straße in Wilmersdorf verhaftet worden war, suchte bei der Ueberführung nach dem Gefängnis zu entfliehen und wurde bei der Flucht von der Begleitwache erschossen. Rosa Luxemburg wurde von der wütenden Menschenmenge den Wachmannschaften entrisen und getötet. T. U.

Drei Fragen Erzbergers an die Entente.

Frier, 15. Januar. (Privattelegramm.) Die Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens wurden heute vormittag in Trier im Salonwagen des Marschalls Foch durch Ansprachen der Vorsitzenden der beiderseitigen Waffenstillstandskommissionen eröffnet. Die Ansprüche des Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, enthielt u. a. folgende Gedanken:

Das deutsche Volk will Frieden. Die alliierten Regierungen haben es anders gewollt. Sie sprechen auch heute noch nicht vom Frieden, sondern nur von einer Verlängerung des Waffenstillstands. Das deutsche Volk hat die Waffenstillstandsbedingungen bis zur Grenze des Möglichen erfüllt. Wo Bedingungen nicht eingehalten worden sind, tragen unsere Gegner fast ausschließlich die Verantwortung, so namentlich in der Frage der Abnahme des Verkehrsmaterials. Am 5. Januar waren von den Alliierten übernommen 1821 Lokomotiven und 63 304 Wagen, zur Uebernahme vorgeführt aber waren 4907 Lokomotiven und 105 523 Wagen. Darüber muß eine Konventionallstraße deutscherseits abgelehnt und eine weitere Verlängerung der Frist für die Uebergabe des Verkehrsmaterials gefordert werden. Deutschland ist entschlossen, die Verpflichtungen des Waffenstillstandes loyal zu erfüllen. Aber die Alliierten haben ihrerseits das Waffenstillstandsabkommen systematisch verletzt. Ungehinderter Verkehr und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit zwischen den besetzten Gebieten und dem übrigen Deutschland sind vernichtet worden. Mit Entrüstung erfüllt uns das Vorgehen der französischen Besatzungsbehörden in Elsaß-Lothringen. Alle Maßregeln der verbündeten Regierungen in Elsaß-Lothringen beweisen, daß Frankreich darauf ausgeht, der Entscheidung der Friedenskonferenz vorzugreifen und Elsaß-Lothringen zu annektieren, ohne daß das von Frankreich so oft und so laut geforderte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch nur im geringsten beachtet wird. Derselbe Protest muß gegen das von der Entente angebotene oder vielmehr aufgezwungene Finanzabkommen erhoben werden, welches Deutschland der finanziellen und wirtschaftlichen Diktatur der Entente ausliefert. Zum Schluß lege ich der Entente drei Fragen vor. Die erste lautet: Wann werden Sie die Blockade aufheben? Die Ernährung Deutschlands verschlechtert sich von Tag zu Tag. Von dem Stande der Ernährung wird es zum großen Teil abhängen, wie die innere Lage Deutschlands sich gestaltet. Das deutsche Volk hat es er-

tragen, waffenlos zu werden, aber es würde nicht ertragen, brotlos zu werden. Der Hunger würde einen seelischen Zustand hervorrufen, dessen Folgen auch die Alliierten nicht wünschen können. Ich warne Sie. Auch Ihre Völker sind nicht gefeit gegen die Westrevolution.

Die zweite Frage: Wird die Entente jetzt bindende Verpflichtungen eingehen über die sofortige Rückgabe der in ihren Händen befindlichen deutschen Kriegsgefangenen? Die Regelung der Zurückführung unserer Kriegsgefangenen sollte im Präliminarfrieden erfolgen. So führte die Frage der Kriegsgefangenen zur dritten und letzten Frage, die ich an die Entente zu richten habe: Wann werden wir in der Lage sein, dem Präliminarfrieden zu schließen? Mehr als sechsmal hat die deutsche Regierung versucht, die Verhandlungen über den Abschluß des Präliminarfriedens einzuleiten. Es ist keine Antwort erfolgt. Der Gewalt des Siegers stellt sich das ewige Recht des deutschen Volkes gegenüber, das Recht auf Fortentwicklung. Dieses Recht ist heilig und unantastbar.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Entwurf der Reichsverfassung. Ueber die Grundzüge des Verfassungsentwurfs, der Mittwoch im Kabinett beraten worden ist, teilt der „Abend“ mit: Der förderative Charakter des Reiches wird in der neuen Verfassung gewahrt. Das Reich soll sich aus einer Anzahl von Freistaaten zusammensetzen. An der Spitze soll ein Präsident stehen, der auf 10 Jahre gewählt wird. Die Regierung wird von einem Reichszkanzler und Reichsministern gebildet werden. Das Parlament würde sich aus einem vom gesamten Volke zu wählenden Volksrat und aus einem Staatsrat zusammensetzen, dessen Mitglieder von den Volksvertretungen der Einzelstaaten gewählt werden.

Verpfändung der deutschen Eisenbahnen und Forsten. Staatssekretär Erzberger hat sich bei einer Konferenz mit den süddeutschen Eisenbahnministern in Ulm geäußert, Marschall Foch halte für eine angemessene Entschädigung für den Aufbau Belgiens und Nordfrankreichs den Betrag von 30 Milliarden, für die anderen Schäden die Summe von 20 Milliarden Mark. Die Alliierten würden als Sicherheit die Verpfändung der deutschen Eisenbahnen und der deutschen Forste fordern.

Schwere Gefahren für Deutschland. Norwegische Stimmen weisen darauf hin, daß an einzelnen Stellen, wo in Rußland gearbeitet wird, Munitionsfabriken sind. Die Bolschewiki rüsten aus aller Kraft, um sich ihre Macht zu erhalten. Sie haben bereits eine Armee von 1 Million Mann aufgestellt und wollen sie vor Ende März auf 3 Millionen bringen. Die Disziplin wird mit rücksichtsloser Strenge aufrecht erhalten. Die Bewaffnung, Bekleidung und Verpflegung der jungen Truppe ist nach übereinstimmenden Meinungen vorzüglich. Mit dieser Armee will Trotzki die bolschewistische Idee über ganz Europa verbreiten. Feindliche Armeen, z. B. die der Entente, fürchtet er nicht, weil er damit rechnet, daß die verbende Kraft der bolschewistischen Propaganda so groß ist, daß zwei Drittel der sich ihm stellenden Gegner ohne weiteres kampflös übergeben werden. Daß eine solche Armee für unsere Ostprovinzen, für ganz Deutschland eine sehr große Gefahr bedeutet, liegt auf der Hand.

Seht es nach Trotzki, dann wird Deutschland wieder, ganz besonders in seinen Grenzprovinzen, wie im 30-jährigen Krieg der Tumultläge fremder Kriegsvölker. Es gilt daher, die Augen offen zu halten und mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß unserem schon schwer geschlagenen Vaterlande diese neue Prüfung erspart bleibt.

Eröffnung der badischen Nationalversammlung. Die badische Nationalversammlung, als erste im Deutschen Reich, wurde Mittwoch vormittag in Karlsruhe eröffnet. Das Landtags-Gebäude war von der studentischen Sicherheitswehr und der Volkswehr abgeperrt, um jeden etwa gerlauten Putz zu verhindern. Unter den 107 Abgeordneten bemerkte man zum 1. Male 9 Frauen. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Geiß begrüßte die Versammlung im Namen der vorläufigen Volkregierung und gab die Mandate der Minister in die Hände der Nationalversammlung zurück. Der Ministerpräsident trat für die Reichseinheit ein und erklärte, wir wollen vor allem ein großer deutscher Volksstaat bleiben. Was den Frieden angeht, so könne nur die rascheste Befestigung der neuen Zustände den Feinden jene Achtung aufbringen, die uns einen Verständigungsfrieden statt eines Diktatorfriedens gewährleisten. Die vier Fraktionen nahmen sodann eine Erklärung an, in der sie die vorläufige Regierung mit der Weiterführung der Geschäfte betrauten. Das Plenum vertagte sich bis nach den deutschen Nationalwahlen.

England.

Beschleunigung der Lebensmittelzufuhr. Nach einer Reitermeldung aus London tritt der Lloyd George nahestehende „Daily Chronicle“ für die Beschleunigung der Lebensmittelzufuhr nach Deutschland und Oesterreich ein. England, so schreibt das Blatt, wünsche nicht, daß Deutschland und Oesterreich dem Beispiele Rußlands folgen. Die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen sollte aber von der raschen Wahl der Nationalversammlung auf regelmäßigem, demokratischem Wege abhängig gemacht werden. Eine derartige Erklärung durch die assoziierten Mächte würde in Deutschland und in ganz Europa eine wohltuende Wirkung ausüben. Bezüglich Polens schreibt das Blatt, da die Vereinigten Staaten und die Alliierten von der Notwendigkeit der Errichtung eines vereinigten starken und unabhängigen Polens überzeugt seien, sei es nicht überraschend, daß die Assoziierten daran angingen, Polen weitere Hilfe zu senden. Es würden sowohl Munition als auch Vorräte benötigt, vor allem Flugzeuge und Flieger.

Amerika.

Wilson über die Lebensmittelversorgung Europas. In der schon gemeldeten Botschaft des Präsidenten Wilson an den Kongress heißt es u. a.: Ich kann nicht ernst genug darauf bringen, daß der Kongress die Gelder bewilligt, welche Hoover für das Lebensmittelhilfswerk verlangt. Dies ist jetzt der Schlüssel zu der gesamten Lage in Europa und zur Lösung der Friedensfrage. Der immer mehr nach Westen vordringende und Deutschland vergiftende Bolschewismus kann nicht mit Gewalt, aber wohl mit Lebensmitteln aufgehalten werden. Das Geld wird nicht für Lebensmittel für Deutschland selbst gebraucht werden, denn Deutschland kann seine Lebensmittel kaufen. Aber es muß angenommen werden, um die Lebensmittelversorgung Polens, der befreiten Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie und unserer Bundesgenossen auf